

# Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker  
und Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Müdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Müdersdorferstraße 60

Abonnements-Verstellungen, Anzeigen etc. sind an  
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Mk. (ohne  
Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband  
1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Nummer 18.

Berlin, den 2. Mai 1909.

10. Jahrgang.

**Kollegen! Das Frühjahr ist für die Agitation die günstigste Zeit.  
Setzt allerorts mit Hochdruck ein.**

## Einladung!

Gemäß den Bestimmungen des Statuts des Gesamtverbandes berufen die Unterzeichneten den

## VII. Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands

für den 18. Juli und die folgenden Tage nach Köln ein.  
Der Kongress wird in den Räumen des städtischen  
Gärtners abgehalten werden.

### Tagesordnung:

1. Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes. Referent A. Stegerwald (Köln).
2. Die gesetzliche Sozialreform in Deutschland.  
a) Der Arbeiterschutz in seiner grundsätzlichen Bedeutung, historischen Entwicklung und seinen Zukunftsaufgaben. Referent H. Vogel (Essen).  
b) Entwicklung und Stand der deutschen Arbeiterversicherung. Referent P. Krug (Stuttgart).  
c) Die künftige Gestaltung der Reichsversicherungsordnung. Referent J. Becker (Berlin).
3. Das Verhältnis der christlichen Gewerkschaften zur christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Referent F. Behrens (Essen). Korreferent J. Giesberts (M.-Gladbach).
4. Erledigung von Anträgen.

Zur Besichtigung des Kongresses durch Delegierte werden alle christlichen Gewerkschaftsverbände aufgefordert. Anmeldungen sind bei dem Generalsekretariat, Köln, Palmstr. 14, zu bewirken. Ebenso sind Anträge bis spätestens 20. Juni an die gleiche Adresse einzureichen. Anträge können gestellt werden von den Zentralvorständen oder Generalversammlungen derjenigen Verbände, die dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angegeschlossen sind, von den Zahlstellen derselben und den Ortsstellen der christlichen Gewerkschaften.

Delegierte können, da Doppelvertretungen vermieden werden müssen, nur durch die oben bezeichneten Zentralverbände entsandt werden.

Der Ausschuss des Gesamtverbandes  
der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

J. A.:

E. M. Schiffer. A. Stegerwald.

## Zur Unterstützungsfrage der abreisenden Mitglieder bei Streiks oder Aussperrungen.

Es war bislang Grundsatz unseres Verbandes, daß bei Streiks oder Aussperrungen nur den am Ort oder im Lohngebiet verbleibenden Mitgliedern die statutarische Unterstützung gewährt wurde. Besonders Gewicht wurde auf die Abreise gelegt. Erhielten die am Kampf Beteiligten anderwärts Arbeit, waren materielle Opfer für sie mit dem Kampf nicht mehr verbunden. Die Gefahr, arbeitswillig zu werden, war beseitigt, die finanziellen Mittel des Verbandes wurden nicht in Anspruch genommen und deshalb gespart. Nach dem Kampf konnte ja jeder, der wollte, zurückkehren. Bei dem nicht festhalten der Arbeiter im Baugewerbe, und da die Arbeitseinstellungen sich auf verhältnismäßig wenige Orte beschränkten, konnte diese Maßregel, wenn mitunter auch unter Schwierigkeiten, durchgeführt werden. Und so wurde es überhaupt erst möglich, die im Baugewerbe durchgeführten Kämpfe führen zu können, und den Bauarbeitern die heutige Position zu erringen und zu sichern. Die Abreise bildete mithin eine der vornehmsten Waffen der Organisation.

Die Arbeitgeber des Baugewerbes und deren Verbände erkannten diesen für sie ungünstigen Umstand sehr bald. Ihr erstes Bestreben ging naturgemäß darauf hinaus, den Streikenden oder Aussperrten jede anderweitige Arbeitsgelegenheit zu unterbinden. Das ist auch psychologisch, infolge der persönlichen Teilhabe am Kampf, zu begreifen. Mit den schwarzen Listen fingen sie an, und bildet sich von hier eine ganze Kette von Maßnahmen, die dem gedachten Zweck dienen sollen: die zentralistischen Organisationsbestrebungen, die gegenseitigen Kartellverträge, das Einbeziehen der Materiallieferanten in die Arbeitgeberverbände, der Abschluß von Verträgen mit diesen dahingehend, bei Lohnkämpfen denjenigen Unternehmen, die sich den Beschlüssen der Verbände nicht fügen, die Materiallieferung zu entziehen; ferner die ört-

liche Lokalisierung der Kämpfe zu unterbinden, sie vielmehr auf ganze Bezirke, Provinzen und letzten Endes auf das ganze Reich auszudehnen. Zu diesem Zweck der Ablauf sämtlicher Verträge auf einem bestimmten Datum. Das ist das direkte Gegenteil von dem, was wir wollten und danach handelten: den Einzelnen den Kampf persönlich mehr fühlen zu lassen, damit zugleich auch die Mittel der Arbeiterorganisationen in stärkerem Maße heranzuziehen.

Das ist die Entwicklung, wie wir sie vor uns haben. Wird es bei kleineren Kämpfen schwierig, andere Arbeitsgelegenheit zu bekommen, so ist das bei großen Kämpfen noch schlimmer, oftmals fast ganz unmöglich. Mit diesem Umstand haben wir heute zu rechnen, und da drängt sich naturgemäß die Frage auf: Was geschieht mit den nichtansässigen Kollegen, die während der Arbeitseinstellung in ihre Heimat reisen, und auch dort ohne Beschäftigung bleiben? Soll nur den am Orte Verbleibenden die Unterstützung gezahlt werden wie bisher, während jene der Unterstützung verlustig gehen?

Unsere letzte Generalversammlung in Kassel (1907) hat sich auf diesen Standpunkt gestellt. Es lagen damals Anträge von Altdorf, Stahl und Bochum vor, die, abgesehen von der darin fixierten Höhe der Unterstützung, diese auf die in ihre Heimat reisenden Mitglieder ausgedehnt wissen wollten. Mit Rücksicht auf die zu dieser Zeit noch ungeklärte Entwicklung und der unaufsehbaren Konsequenzen selber, konnte die damalige Generalversammlung wohl kaum anders handeln. Damit blieb die Angelegenheit, wie sich sehr gut begreifen läßt, nicht ruhen. Sie garte weiter und hat manchen guten Verbandskollegen, der interessiert war, der Organisationsverdrossenheit in die Arme geführt. Die Redaktion und der Verbandsvorstand erhielten schriftliche und mündliche Anregungen, aus tatsächlichen Gründen, um keinen unnötigen Zündstoff vor oder während der vorjährigen Lohnbewegung in unsere Reihen zu tragen, gingen wir jedoch auf die Sache nicht ein. Anders liegt die Frage heute, und da im kommenden Herbst unsere Generalversammlung stattfindet, wird sie nicht an der Regelung dieser Angelegenheit vorbeikommen. Wir schneiden sie daher heute schon an, um so eine Diskussion über diese keineswegs leichte Aufgabe der Generalversammlung herbeizuführen. Sie soll die Sache klären helfen, um eine allseits befriedigende Lösung zu finden.

Wir stellen also die Frage: Läßt sich der Standpunkt unseres Verbandes, wie er im Statut niedergelegt ist, wonach nur die während eines Lohnkampfes am Ort Verbleibenden Unterstützung bekommen, aufrechterhalten? Wir glauben diese Frage verneinen zu müssen. Zwei Gesichtspunkte wollen wir dafür zunächst ins Feld führen. Rechtlich: Es ist nicht angängig, den Mitgliedern, die jahrelang ihre Beiträge prompt entrichtet haben, im Falle ihrer Abreise bei großen Lohnbewegungen, und wo sich eine andere Arbeitsgelegenheit nicht bietet, die Unterstützung ganz zu entziehen. Taktisch: Die aus den Kampfgebieten entfernten Personen, soweit sie nicht zur Führung des Kampfes notwendig sind, bedeuten eine Erleichterung für die Arbeiter und eine Stärkung ihrer Position. Die Gefahr, arbeitswillig zu werden, ist beseitigt, bei irgendeiner Beschäftigung, mag es im eigenen Haushalt oder bei einem Landwirt sein, wird unsere Widerstandskraft gestärkt. Tritt eine Unterstützung des Verbandes hinzu, wird diese noch weiter erhöht. Das bleibt immer eine scharfe Waffe in unserer Hand gegenüber den Arbeitgeberverbänden. Nun liegt die Sache auch bei uns so, daß wir mit einer großen Zahl nichtansässiger Mitglieder zu rechnen haben. Da diese zwei Haushaltungen zu führen genötigt sind, wird für sie, wenn sie am Orte des Kampfes verbleiben müssen, die Lage besonders schwierig. Die Streikunterstützung genügt für den persönlichen Bedarf in der Fremde, der Familie in der Heimat kann nichts zugewendet werden. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Weilt der Betreffende bei der Familie, dann kommt allen die Unterstützung zugute. Und da mindestens 90 Prozent unserer nichtansässigen Kollegen ein kleines Eigentum haben, können sie sich bei einer Unterstützung auf längere Zeit ohne Gefahr durchschlagen.

Nun aber zu den Schwierigkeiten. Da wäre zuerst: Wie weit soll die Abreise gestattet sein? Die Durchführung eines Streiks oder einer Aussperrung benötigt eine Reihe tüchtiger und opferfreudiger Personen. Wir haben nun mit Orten zu rechnen, wenn dort dem Verband keine Handhabe geboten ist, Leute am Ort zu halten, dann bleibt überhaupt, oder nur bis auf vereinzelte, keiner anwesend. Damit wäre die konsequente Durchführung eines Kampfes, die Abwehr der Arbeitswilligen, die Erledigung der Verbandsgeschäfte usw. unmöglich. Wenn nun aber dem Verbandsvorstand das Recht zustände, bestimmte Personen gegen ihren Willen zum Verbleiben zu veranlassen, welchen Einfluß würde

das auf die Bewegung ausüben? Dem einen Teil ist es gestattet in die Heimat zu reisen, er kann sich seinen persönlichen Geschäften ausschließlich widmen, er befindet sich in keiner Gefahr, wie das bei unserm heutigen Rechtszustand üblich ist, zum mindesten ist er keinen Unannehmlichkeiten ausgesetzt; dem anderen dagegen ist das verwehrt, er ist zum Verbleiben gezwungen. Wie soll hier ein Ausgleich geschaffen werden?

Des ferneren: Wann soll die Unterstützung eintreten? Diese kann mindestens doch nur dann eintreten, wenn es dem Betreffenden unmöglich gemacht ist, anderweitige Arbeitsgelegenheit zu erhalten. Wir werden auch nach dem nächstjährigen Vertragsabschluß, wenn es dazu kommt, es noch mit einer größeren Anzahl Orte zu tun haben, die nicht in den allgemeinen Vertrag fallen. Soll bei solch lokalisierten Kämpfen, wo es möglich ist, anderweitig in Arbeit treten zu können, ebenfalls die Unterstützung eintreten? Das ist nicht möglich! Jeder, dem Arbeit nachgewiesen wird, hat diese anzunehmen, andererseits er bei seiner Abreise in die Heimat der Unterstützung verlustig geht. Wir hatten z. B. bei dem Kampf in 1907 in Berlin die Tatsache zu verzeichnen, daß Kollegen, denen Arbeit nachgewiesen wurde, diese nicht annahmten mit der Begründung, dort steht der Lohn nur auf 55 Pf., wir sind aber 75 Pf. zu verdienen gewohnt. Billiger arbeiten wir nicht. Müßen nun die anderen überhaupt zu ersterem Satz arbeiten, so warum nicht auch die letzteren nur für die Zeit eines Kampfes! Außerordentliche Verhältnisse erfordern auch außerordentliche Maßregeln. Aber mit diesen Umständen muß gerechnet werden. Wenn ja immer die Einsicht oben wäre, wäre das alles nicht so schlimm, aber die persönlich-egoistischen Interessen fordern auch ihre Opfer, und das erschwert die Lösung.

Welchen Einfluß wird die gedachte Maßregel auf den Streik oder die Aussperrung selbst ausüben? Jeder Zusammenhang mit der Bewegung wird durch die Abreise bekanntlich abgeschnitten, damit beginnt das Interesse zu verflachen. Der geistige Anteil, der in spontanen Äußerungen dem Kampf Richtung und Ziel gibt, ist nicht mehr vorhanden. Der von keinem rauhen Lüftchen berührte, zu Hause sitzende Kollege, wird er genügend Verständnis für die Maßnahmen der Leitung finden und ihr strikte Folge leisten? Kann durch das Nichtvertrauen mit den intimsten Handlungen der Organisation während der kritischen Zeit, das Verbandsleben in Mitleidenhaft gezogen, die Spannkraft zum Vorwärtsschreiten gelähmt, wie der Opfergeist überhaupt beeinträchtigt werden? Das eine müssen wir uns immer gegenwärtig: Diejenige Arbeiterkraft, die keine persönlichen Opfer mehr für ihren Aufstieg oder für ihre Ideale zu bringen gewillt ist, die ist am Ende ihres Lateins.

Eine besonders schwierige Frage ist die der Kontrolle. Wer soll diese in die Hand nehmen und wirksam durchführen? Wo eine größere Anzahl Mitglieder in einem Ort in Frage kommt, oder gar in einem ganzen Bezirk, da ist die Regelung nach einheitlichen Grundsätzen immerhin möglich und eine wirksame Kontrolle auch durchführbar. Wo es sich aber um vereinzelte handelt, ist das überaus schwierig. Und da könnte dem Mißbrauch Sür und Tor geöffnet werden. Da wird es erforderlich sein, daß alle in ihre Heimat Reisenden innerhalb einer bestimmten Frist sich bei ihrem jeweiligen Bezirksvorsitzenden zu melden haben, damit durch diesen sowohl die Einrichtung und Durchführung der Kontrolle veranlaßt, wie auch die Auszahlung der Unterstützung vorgenommen wird. Auf welche Art das zu geschehen hat, darüber muß Klarheit geschaffen werden.

Mit der Aufschneidung dieser Fragen wollen wir uns für heute begnügen. Wir hoffen, daß unsere Mitglieder diese einer sachgemäßen Prüfung unterziehen und ihren vollen Anteil zur Klärung der schwierigen Sache beitragen. Rechte und Pflichten müssen gegenseitig abgewogen und den veränderten Verhältnissen Rechnung getragen werden. Wir wollen eine Lösung suchen, die weder die Schlagfertigkeit des Verbandes beeinträchtigt, noch Unzufriedenheit in unseren Reihen aufkommen läßt.

Wir suchen schon in tausend Gründen

Von unserem Schicksal das Warum,  
Nur da nicht, wo es am nächsten zu finden —  
In eigener Schuld — da sind wir stumm.

Kochbue.

# Jahresbericht des Bezirks Frankfurt a. M.

Zu Jahresbericht vom vorigen Jahre mußten wir schon von einer außerordentlich schlechten Konjunktur im Baugewerbe, besonders in den Großstädten und Industrieorten, berichten. Dagegen konnten wir von den Landbezirken sagen, daß die Konjunktur befriedigend war. Leider müssen wir in dem diesjährigen Bericht konstatieren, daß sich die Lage im Baugewerbe nicht verbessert, sondern verschlechtert hat, und die Landbezirke ebenfalls davon betroffen worden sind. Die Krise dehnte sich auf alle Berufsweige aus, wodurch Tausende von Arbeitern arbeitslos wurden. Besonders schwer hatten die Bauhandwerker und Arbeiter darunter zu leiden. Eine Ausnahme machte nur das Siegerland. Während die Siegerländer Industrie schwer bankrottgelegt, kann von der Bauwirtschaft gesagt werden, daß diese den Sommer über im allgemeinen gut war. Bei der Hochkonjunktur der vorhergehenden Jahre waren unsere Kollegen vielfach mit der Errichtung von industriellen Anlagen beschäftigt, wogegen im vorigen Jahre die Privatbauwirtschaft vorherrschte. Allgemeiner Wohnungsmangel hat zur Gründung von Baugenossenschaften geführt, welche ganze Kolonien ausführen ließen. So wurden allein in Weidenau zirka 60 solcher Häuser errichtet. In Tiefenbach wurde die Arbeitslosigkeit durch einen großen Brand verursacht. Schlechter war die Bauwirtschaft das ganze Jahr in Eisenfeld und Niederselben. Gegen Herbst jedoch stante die Bauwirtschaft merklich ab und wurden im Oktober und anfangs November massenhaft Kollegen gezwungen, die Arbeit einzustellen. In Frankfurt a. Main, Mainz, Wiesbaden, Darmstadt usw. war die Bauwirtschaft so schlecht, wie sie nie seit Jahrzehnten gewesen ist. In Koblenz lag die private Bauwirtschaft ganz daneben, nur einige Staatsbauten (Oberpräsidium und Korpsbelleidungsamt) wurden gebaut. In Paffel war das gleiche der Fall. Einige hundert Kollegen, aus der Südbaer Gegend, aus dem Goldenen Grund und vom Westerwald, die sonst in den vorhergenannten Städten arbeiteten, fanden keine Arbeit und mußten entweder in den Fabriken Arbeit suchen, oder zu Hause bei Müttern bleiben und Kartoffeln hauen. Leider gehen diese Kollegen in der Regel der Organisation immer verloren, weil dieselben glauben, wenn sie nicht in ihrem Beruf direkt beschäftigt sind, hat die Organisation keinen Zweck. Sie verlieren somit alle erworbenen Ansprüche an die Organisation und schädigen sich selbst. Diese Zahl der Arbeitslosen wurde noch bedeutend vermehrt durch die sogenannten „Wesfälinger“, welche in großer Zahl zu Hause blieben oder wieder zurückkamen. Diese Kollegen glauben wohl aber auch nur, daß die Organisation für Rheinland und Westfalen Zweck hätte, zu Hause aber nicht, denn fast nicht einer dieser Kollegen hat sich zu Hause angemeldet. Einige sind sogar zu Tarifbrechern geworden, so z. B. in Kiechelerhert.

Die Affordarbeit scheinen die Hessen-Darmstädter Kollegen nicht lassen zu können. In den letzten Jahren ist mit großer Mühe das Affordsystem in Frankfurt a. M., Darmstadt, Höchst usw. mit Hilfe der Verbände um Bedeuten des eingeschränkt worden. Man hatte die Hoffnung, die Affordarbeit nun bald ganz beseitigt zu sehen, die große Arbeitslosigkeit war aber die Ursache, dieselbe wieder ausleben zu lassen. Eine treffende Bemerkung für solche Kollegen findet man nicht.

Kostbararbeiten wurden seitens der Kommunen und des Staates eingerichtet, um der größten Arbeitslosigkeit zu wehren. Die Minister des Innern und der öffentlichen Arbeiten haben Erlasse an die Verordnen herausgegeben, daß sämtliche Arbeiten sofort in Angriff genommen werden sollen. Das lehnen sich aber die unteren Behörden an Ministererlasse, wenn es sich um Arbeiterinteressen handelt. In Friedberg bei Limburg a. d. Bahn wird ein Zentralgefängnis gebaut, und Limburger Unternehmer führen die Arbeit aus, wer aber annimmt, daß auch Arbeiter aus der dortigen Gegend daran arbeiten, täuscht sich. Gefangene, 60-70 Mann, waren den ganzen Sommer daran beschäftigt, und noch keine zehn andere Arbeiter. Die rechtschaffen Arbeiter konnten zu sehen, wie ihnen die Gefangenen die Arbeit fortnahmen. Eine Klage wurde mit einem dortigen Landtagsabgeordneten über Mittel und Wege um Abstellung dieses Mißstandes laut bei diesem guten Mann kein Gehör, und meinte dieser nur, die Gefangenen müßten doch auch beschäftigt werden.

Die Agitation hatte unter der Wirtschaftskrise sehr zu leiden. Ein Mitgliederzuwachs ist nicht zu verzeichnen, jedoch das Gegenteil ist der Fall, ist aber ungeachtet der schlechten Konjunktur nicht vermindert. Bei einsetzender besserer Arbeitslage wird der Verlust der Mitglieder bald wieder ausgeglichen sein. In Frankfurt a. M. geht es in diesem Jahre schon wieder besser, und eine Zunahme der Mitglieder ist zu verzeichnen.

Die Mitgliederzahl betrug im Durchschnitt 2174 gegen 2081 im Jahre 1907. Bemerken müssen wir noch dazu, daß die Verwaltungskosten Scherfede und Rauburg mit zusammen 89 Mitgliedern dem Bezirk Paderborn zugewiesen worden sind, und daß der Mitgliederverlust daher 421 Mann durch die Trennung der Steinarbeiter und deren Anschluß an den Gewerkschaftsverband, sowie durch den Anschluß der Verwaltungskosten Siegen an den Kölner Bezirk, hat der Bezirk im laufenden Jahre einen abermaligen Verlust an Mitgliedern zu verzeichnen, jedoch war diese Teilung aus praktischen Gründen notwendig geworden.

Lohnbewegungen waren außer in dem mitteldeutschen Vertragsgebiete im Kreise Alenrücken, Herlesberg, Bingen, Eisenach, Euterbrück, Westerwald, Siegerland und Frankfurt a. M. (Zementare und Hilfsarbeiter). In Eisenfeld wurden die Steinarbeiter wegen Zugehörigkeit zur Organisation ausgeperrt. Diese Aussperrung endete mit der Anerkennung der Organisation.

Zur Arbeitseinführung es in drei Fällen, welche sämtlich mit Erfolg endeten. Dabei haben wir zu bemerken, daß, als in Montabaur gestreikt wurde, rot organisierte Arbeiter und Arbeiter in großer Zahl aus dem Koblenzer Gebiet nach Jagen bis ins Köln als Streikbrecher kamen, die sich nicht bewegen ließen, abzuweichen, bis dann der Parteisekretär aus Jagen kam und ihnen ihre bemerkliche Handlung vor Augen hielt. Einer dieser Helden erklärte ausdrücklich, daß er von seiner Organisation nach Montabaur geschickt worden sei. Derselbe ließ sich auch zweimal eine Ehrenkarte lösen, indem er, als er das erste mal abgehoben war, am nächsten Tage wieder zurückkam und von neuem eine Bahnkarte gelöst werden mußte, um ihn wieder abzuschieben.

Die Lohnbewegungen endeten sämtlich mit einem Vertrage bzw. protokollierten Erklärungen. Verbesserungen wurden durch dieselben erzielt:

Ort	Beruf	Lohn- erhöhung pro Stunde	Verkürzung der Arbeitszeit
In Bingen	Maurer	4 Pf.	von 11 auf 10 Std.
„ „ „	Arbeiter	2-7	„ 11 „ 10
„ Montabaur	Maurer	3-8	„ 11 „ 10
„ „ „	Arbeiter	3-8	„ 11 „ 10
„ Herlesberg	Maurer	5-9	„ 11 „ 10
„ „ „	Arbeiter	5-9	„ 11 „ 10
„ Euterbrück	Maurer	5-9	„ 11 „ 10
„ „ „	Arbeiter	5-9	„ 11 „ 10
„ Frankfurt a. M.	Zement	1-2	„ 11 „ 10
„ „ „	Hilfsarb.	1-2	„ 11 „ 10

Im mitteldeutschen Vertragsgebiete ist für 1908 ein elfprozentiger Anstieg der Stundenlöhne um 1 Pf. erzielt worden. Die letztangeführte Lohnverbesserung ist besonders bemerkenswert, weil die Arbeitgeber bei der diesjährigen Lohnbewegung nicht nur eine Lohnrückbildung für die nächsten zwei Jahre verhindern, sondern sogar eine Kürzung der Löhne in einigen Orten vornehmen wollten. Dieses ist durch die Stärke der Organisation, trotz großer Arbeitslosigkeit, verhindert worden. Die Kollegen werden sich noch erinnern können, wie in früheren Jahren, wo Krisen bestanden, die Löhne allgemein verkürzt wurden.

Ueber die Durchführung der Vertragsbestimmungen sind außer Marburg keine Klagen seitens der Kollegen laut geworden. Dank der Intelligenz der Kollegen in Marburg konnten sich einige Unternehmer erlauben, den Stundenlohn bis zu 5 Pf. pro Stunde zu kürzen. Im Frühjahr 1908 mußten sogar bei dem Unternehmer Wagener die Bauten gestoppt werden, wonach derselbe dann erklärte, den tariflichen Lohn zahlen zu wollen. Als aber im Spätherbst der Arbeit weniger wurde, war die alte Geschichte wieder da. Wenn die Marburger Kollegen nicht besser als im vorigen Jahre für ihre Verbandsinteressen eintreten, wird es ihnen auch in diesem Jahre nicht anders ergehen. Nachdem aber bei der Winteragitation sich ein Teil der bisher unorganisierten Kollegen hat aufnehmen lassen, wird es hoffentlich anders werden. Vom Mitteldeutschen Arbeitgeberverband ist eine Arbeitsordnung ausgearbeitet und an seine Mitglieder zur Einführung abgegeben worden, in welcher es in bezug auf die Arbeitszeit heißt: „Die Arbeitszeit bestimmt der Arbeitgeber“. Diese Bestimmung widerspricht dem § 10 Absatz 6 des Vertrages. Die Verbände haben auch sofort dagegen Einspruch erhoben, der aber noch nicht erledigt ist.

Im Kreise Siegen hat der Vertragsabschluß nicht zum Frieden geführt. Die Arbeitgeber sind vertragsbrüchig geworden, und alle Bemühungen des Essener Einigungsamtes waren erfolglos. Der dortige Ortsverband als Mitglied des rheinisch-westfälischen Arbeitgeberverbandes blieb bei seinem Vertragsbruch. Letztlich wurde dieser Vertragsbruch noch durch die zahlreich vorhandenen indifferenten Bauhandwerker. Bezeichnend für die Geflossenheit des Arbeitgeberverbandes war die Erklärung des Herrn Fritsch in einer Sitzung, des Einigungsamtes, die besagte, daß der Arbeitgeberverband auf die vertragsbrüchigen Mitglieder im Siegerland keinen Einfluß habe. Unsere Kollegen werden sich dieses merken, wenn Herr Schmiebsch wieder einmal als Vertreter der Siegerländer Arbeitgeber bei späteren Verhandlungen auftritt. Im allgemeinen ist über die Einhaltung der Tarifverträge zu bemerken, daß dort, wo unsere Kollegen auf dem Boden waren, dieselben auch eingehalten wurden. In Orten mit schwacher Organisation soll man nach den gemachten Erfahrungen überhaupt keine Tarifverträge abschließen, da diese uns in der Regel dann nur nachteilig sind, weil die einzelnen Bestimmungen von den unzufriedenen, besonders hinsichtlich der Arbeitszeit, doch nicht eingehalten werden.

Der Bauarbeiterchutz ist fast durchweg ein mangelhafter. Eine Kontrolle von Seiten der zuständigen Behörden findet fast gar nicht statt, oder es müßten dann schon direkt Beschwerden eingereicht werden. Aber auch dann wird vielfach noch keine Abhilfe geschaffen. So z. B. auf dem Bau der Bahnstrecke Montabaur-Westerburg mußten im vergangenen Herbst und Winter sämtliche Arbeiter auf freiem Felde ihr Essen einnehmen, weil keine Baubuden vorhanden war. Eine Kantine ist da, wenn aber die Arbeiter in dieser Schutz gegen die Witterung suchten und dabei nichts verzehrten, wurden sie vom Winter hinausgewiesen. Eine Beschwerde bei den zuständigen Behörden, sogar bei dem Eisenbahnpräsidenten in Frankfurt a. Main, änderte an der Sache nichts, wohl ist uns Abhilfe vom letztgenannten Herrn zugesagt worden. Die bestehenden Verordnungen seitens der betreffenden Behörden sind eben mangelhaft und nicht klar und bestimmt genug. Dann fehlt es auch an der Kontrolle. Es wird eben nicht früher eine Verbesserung in dieser Beziehung eintreten, bis Arbeiter als Kontrolloren angestellt werden. Auf dem Lande sieht es damit am schlimmsten aus. Neubuden und Aborte kennt man fast gar nicht und betrachtet diese als überflüssig.

Die wirtschaftliche Lage der Kollegen hat sich nicht gebessert. Wie konnte sie das auch; bei der großen Arbeitslosigkeit ist dieselbe noch gesunken. Die Lebensmittelpreise und Wohnmieten sind dieselben geblieben, in manchen Fällen sogar noch gestiegen. Dasselbe muß von den Steuern gesagt werden. Bei den sozialen Wahlen ist eine Besserung wahrzunehmen, jedoch gibt es noch eine große Zahl Kollegen, die ihre Pflicht in dieser Sache nicht erfüllen, oder erst mit Aufwendung von ungeheurer Mühe zur Wahlberechtigung zu bewegen sind.

Die Geschäftsführung ist durch das Aufheben der Lokalstellen in den Jahreshellen besser geworden. Nur die Verwaltungskosten Frankfurt kann sich nicht dazu bequemem. Wohl ist der Verband dafür, daß er kann aber bis jetzt nicht durchbringen gegen die Kollegen, welche dem Disproportionalismus allzu sehr huldigen. Mit der Zeit wird es aber auch in Frankfurt in dieser Sache sich ändern. Einige Verwaltungsstellen sind ja allerdings immer noch, wo die Nützlichkeit der Einlassung der Beiträge fehlt. In Fulda muß regelmäßig die Abschaffung von der Bezirksleitung gemacht werden.

Auf dem Gebiete der Schulung muß noch manches besser werden. Viele Kollegen glauben, der Verband sei nur zur Erreichung höherer Löhne da. Das Verbandsorgan wird nur von wenigen gelesen, weshalb es denn kein Wunder ist, wenn in vielen Dingen völlige Unklarheit herrscht. Dasselbe ist auch mit dem „Zentralblatt“ der Fall, die Vorstände erhalten dasselbe, es wird aber selten gelesen. Auch ist der Besuch der Literaturkurse und Benutzung der Gewerkschaftsbibliotheken ein sehr mangelhafter. Ferner müßte jeder Kollege sich selbst eine kleine Hausbibliothek anschaffen. In jeder Ortsgruppe müßte ein kleiner Bericht von Büchern sein, der von einem Kollegen zu besorgen wäre und in jeder Verammlung den Kollegen zum Kauf angeboten würde. Auch die Referenten müßten stets einige billige Bücher bei sich führen und dieselben zum Kauf anbieten. Betreffs Einrichtung einer Bibliothek werde man sich an den Bezirksleiter, damit nicht unnütze Bücher angeschafft werden. „Baugewerkschaft“ und „Zentralblatt“ müssen nach jedem Jahresbericht gebunden werden.

Das Verhältnis zu den konfessionellen Arbeitervereinen ist ein gutes. Es könnte aber mehr für die Gewerkschaften getan werden. Leider müssen wir aber auch eingestehen, daß ein großer Teil der Gewerkschaftler noch nicht Mitglied eines solchen Vereines ist, und solange dieses noch der Fall ist, dürfen wir uns nicht allzufehr belagern, daß man unsere Sache nicht genügend unterstützt. Leider bestehen noch in dem Vertragsgebiete und der Südbaer Gegend sogenannte Männervereine, die wohl Arbeiter als Mitglieder aufnehmen, aber für die Arbeiterinteressen nichts übrig haben, oft genug sogar Hindernisse bereiten. Mit diesen Vereinen müßte doch endlich mal aufgeräumt werden. Darum soll jedes unserer Mitglieder nur einem Arbeiterverein beitreten, oder zu gründen suchen.

Das Verhältnis zu den freien Verbänden gab zu keinen erheblichen Klagen Anlaß. Wir sind eben da, existieren und wachsen weiter. Damit müssen sich unsere Freunde von jeder Seite abfinden. Nur dem Kammerverband will es nicht in der Tat, daß es noch immer gibt, die nicht zureichend

berauscht sind und auf christlichem Boden stehen. Es wird auch alles versucht, den Zimmerern die Mitgliedschaft in unserem Verbande zu verleiden. Fachabteilungen gibt es im Koblenzer Gebiet. Diese überlassen wir ihrem Schicksal. Die Ausichten für dieses Jahr sind nicht gerade rosig. Sie sind aber besser, als im vergangenen Jahre. Die kriegerischen Verwicklungen haben sich gelöst und die Finanzen des Reiches wird doch hoffentlich auch bald geregelt werden, so daß wieder Handel und Industrie beruhigt und die Bauwirtschaft belebt wird.

Mit neuem Mut und Kraft wollen wir daher in diesem Jahre arbeiten, um die Rücken wieder anzufüllen, die durch die Krise geschlagen worden sind. Wenn jeder Kollege seine ganze Kraft einsetzt, so wird es uns nicht schwerfallen, das gesetzte Ziel zu erreichen. Allen Kollegen sei an die Stelle herzlich Dank gesagt, die uns in unserer Arbeit mit Hilfe haben.

Frankfurt a. M., Schmurgasse 73.  
H. Galle, Bezirksleiter.

## Rundschau.

Zu dem enthüllten sozialdemokratischen Schurkenstreik Sie winden und drehen sich, wie ein auf den Schwanz tretender Kalb, die Köpfe der sozialdemokratischen Bergarbeiterverbände. Es ist ihnen auch zu unangenehm, die enthielt 30 000-Mark-Geschichte. Um den Schurkenstreik zu rechtfertigen, sollen sie die Flugblätter des Abgeordneten Meuß heranziehen, während der damaligen Wahl geschrieben, vergessen ab an ihre eigenen zu erinnern, die Meuß als „Böhenknecht“ in verächtlichen. Auch das kann ihnen nichts helfen. Interessant ist nun, daß Sparrat, entgegen der Behauptung Sadys folgende Erklärung in der „Essener Volkszeitung“ erläßt:

„Ich habe das fragliche Flugblatt nicht verfaßt bzw. geschrieben, auch nicht erklärt, daß mir von christlicher Gewerkschaftseite mitgeteilt worden sei, daß Herr Bruntz 30 000 Mark von den Bergarbeitern erhalten habe. Was kommt das Schreiben eines Flugblattes ohne Truder und Geldgebühren? Zur fraglichen Zeit habe ich doch bekanntermaßen mit der Verwaltung des Bergarbeiterverbandes auf „Kriegsfuß“ gestanden; wenn ich gegen den Willen und ohne Wissen der Verwaltung ein Flugblatt erwähnter Art geschrieben hätte, so hätte das doch ungewisselhaft Anlaß gegeben, mich sofort meiner Stellung zu entziehen und aus dem Bergarbeiterverbande auszuschließen.“

Die Gerichtsverhandlung wird die notwendige Aufklärung jedenfalls bringen. Genau so, wie Sache, der, obwohl er nun noch das Flugblatt heranzieht, dennoch die Meinung aufrecht erhält, es stamme aus Gewerkschaftskreisen, ging der „Kaiserbefehligte“ Schröder mit unbeweisbaren Verleumdungen gegen die christlichen Gewerkschaftsmitglieder vor. Der Knappschafstälteste Schulze in Bredeley bei Essen hatte dem Verband vor dem Knappschafstwahl 1904 mitgeteilt, daß in seinem Bezirke ein Mitglied des Gewerkschaftsverbandes sei. Dieser sei bereits zwölf Jahre lang Ersahmann gewesen und man könne ihm nichts Schlechtes nachsagen. Er war für die Wiederwahl des Ersahmannes. Er erhielt daraufhin von Schröder einen Brief, der in der dem ehemaligen „Kaiserbefehligten“ eigenen Orthographie wörtlich lautet:

„Bodum, den 9. August 1904. Werter College! Im Bisth eines Briefes Meile ich dir im Auftrag des Verbands-Vorstandes, und im auftrage meiner Vorstands-Collegen mit, dich dein Schreiben vom 8. 8. 04 großes Aufsehen und Unzufriedenheit erregt hat; und mit allem Recht, der ich mich dir doch nach länger, sind dir die Schurkenstreiche der Christlichen nicht bekannt und ist dir nicht das Rundschreiben an unsere Vertrauensleute vom Verband zugegangen wenn wie ist es den möglich, das du entgegen unser Prinzipien auf solche Bahn gehest? — Theile dir nun kurz mit, daß es von dir aus nicht geduldet werden darf und nicht gebildet wird, das ein Mitglied des Judas-Vereines du uns als Kandidat aufgestellt wird. Ersuche dich daher sofort Schritte zu tun, das ein Verbands-Mitglied neben dir aufgestellt wird. Wir erwarten unbedingt eine strenge Disziplin von Euch. Besten Gruß Ludwig Schröder.“

Dazu ist jeder Kommentar überflüssig — es kennzeichnet sich Macher auch so zur Genüge.

Der Ausschuss des deutschen Arbeiterkongresses und das Arbeiterkammergesetz. Der Ausschuss des deutschen Arbeiterkongresses trat am 21. April zu einer außerordentlichen Sitzung im Reichstagsgebäude zusammen. Vertreten waren der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, die Verbände der katholischen Arbeitervereine, der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine, der Deutschnationale Handlungsgewerkschaften und die Staatsarbeiterverbände. Etwa eine Million Arbeiter waren vertreten. Zweck der Versammlung war, zu dem Reichstage vorliegenden Arbeiterkammer-Gesetzentwurf Stellung zu nehmen. Der Ausschuss nahm folgende Resolutionen an:

Der Ausschuss des deutschen Arbeiterkongresses nimmt an dem Entwurf eines Arbeiterkammergesetzes nach den Bestimmungen der Reichstagskommission, trotzdem darin nicht alle Forderungen der christlich-nationalen Arbeiterkammer Berücksichtigung fanden, zukunftsweisend Kenntnis. Der Kongress schließt sich jedoch sehr, daß die verbündeten Regierungen die Einbeziehung sämtlicher Staatsarbeiter als unannehmbar erklärt haben und daß dieses Einbeziehen, die dem wirtschaftlichen und sozialen Frieden dienenden Institutionen bevorzugen. Die in Frage kommenden Staatsarbeiter empfinden dies als eine ungewollte rechtliche Zurücksetzung. Der Kongressausschuss stellt femer mit besonderer Befriedigung fest, daß die Reichstagskommission die Möglichkeit solcher Personen in die Kammer beschloß, die als Vorsteher oder Beamte der beruflichen Arbeitgeber oder Arbeitnehmer-Organisationen tätig sind. Die Möglichkeit dieser Personen entspricht der sozialen Gerechtigkeit großer Arbeiter und Handwerker, sowie dem Erfordernis, die Kammer praktisch brauchbar und arbeitsfähig zu gestalten. Der Kongress wünscht, daß der Reichstag, das bringende Ersuchen, nicht keinen Umständen in eine Wiederbeurteilung der die Möglichkeit der Vorstehenden oder Beamten der beruflichen Organisationen ermöglichenden Bestimmungen zu willigen, weil sonst das Interesse und das Vertrauen der Arbeiterkammer im Lande zu dieser Institution erschüttert würde. Der Kongressausschuss schlägt sich der Resolutionen der Reichstagskommission betreffend die Kammer für Handlungsgewerkschaften und Betriebsbeamten zukunftsweisend an.

Ueber die Arbeitslosenfürsorge der Stadt Mainz, in dem a. her Oberbürgermeister einen Bericht herauszugeben, in dem a.

Arbeitslosenversicherung und die Ausichten für deren Ein-  
richtung einer Erörterung unterzogen werden. Die entsprechende  
olle besagt:

Kann man nach dem hiesigen Ergebnisse auch behaupten,  
dass die Arbeitslosen-Unterstützung sich als eine recht zweck-  
mäßige Einrichtung erwiesen hat und von den Arbeitslosen  
als eine Wohlthat empfunden worden ist, so ist doch damit das  
Problem der Arbeitslosen-Versicherung keineswegs gelöst. Von  
einer Versicherungsrichtung kann, da die Gegen-  
leistung fehlt, überhaupt nicht gesprochen werden.  
Unter den deutschen Städten hat Köln allein eine  
solche; doch steht der Nachahmung dieses Beispiels das Bedenken  
entgegen, daß die Einrichtung auf faktitativer Grundlage  
beruht und deshalb den Nachteil hat, daß sich der Kasse nur  
die schlechtesten Mitteilten — Leute, die mit ziemlicher Be-  
stimmtheit während einer gewissen Jahreszeit arbeitslos wer-  
den — zuwenden. Arbeiter mit regelmäßiger Beschäftigung  
hagogen bleiben der Kasse fern, weil sie eine Gegenleistung  
der Kasse nicht zu erwarten haben, und so kommt es, daß  
die städtischen Aufwendungen recht erhebliche sind. Die einzig  
vollkommene Lösung ist und bleibt die obligatorische  
Einführung der Arbeitslosen-Versicherung  
von Reichs wegen. Ob eine solche in absehbarer Zeit  
zu erwarten ist, möchte ich bei der überaus großen Schwierig-  
keit des Problems bezweifeln; durch die Städte können aber  
den Reichsregierung die Wege wohl kaum erfolgreich ge-  
eignet werden, solange es ihnen an gesetzlichen Mitteln zur  
obligatorischen Einführung dieses Versicherungszweiges ge-  
bricht.

mit ist die Zweckmäßigkeit der Arbeitslosenversicherung aner-  
annt, die am vollkommensten durch das Reich gelöst werden  
m. Sollten die Städte bahnbrechend vorgehen, so müssen  
den gesetzlichen Rechte gegeben werden, die das ermöglichen.  
aus ist der gute Wille erkennlich, an der Klärung der Frage  
der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit mitzuwirken.

Die katholischen Fachabteilungen als Streikbrecher. In  
Angenblicken bei Reichsbahn in Schlesien reduzierte ein Text-  
bestand die Löhne seiner Arbeiter. Als die Arbeiter dagegen  
ont machten und die Arbeit einzustellen gezwungen waren,  
chte der Arbeitgeberverband der Textildindustriellen mit Aus-  
erung im ganzen Bezirk. Das „Landshuter Stadtblatt“  
rieb zu dieser Maßregel:

„Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß hier ein uner-  
höchter Eingriff zugunsten einer einzelnen Firma vorliegt,  
der durchaus nicht gerechtfertigt ist. Sonst liegt bei Aus-  
sperungen die Sache so, daß die Arbeitnehmer höhere Forde-  
rungen stellen und in den Streik treten, worauf die Aus-  
sperung erfolgt. Man kann über das Mittel der Aussperung  
denken, wie man will, in dem gegenwärtigen Fall ist sie  
schon gar nicht berechtigt. Es handelt sich nicht um erhöhte  
Lohnforderungen der Arbeiter, sondern um Lohnreduzierungen,  
die das in Frage kommende Werk vorgenommen hat.“

Daraus ist zu folgern, daß die Sache der Arbeiter eine  
rechte war, und daß alle wie ein Mann zur Abwehr hätten  
hen müssen. „Sich Besinn“ dachte anders. Fand der „Arbeiter“  
ou kein Wort des Tadels für das Vorgehen der Fabrikanten,  
kommandierte die Leitung der „Berliner“ auch seine Mitglieder  
die bestreikte Firma zurück, um, wie behauptet, die Aus-  
sperung abzuwenden. Das war offenbar Streikbruch und  
Kampf verlief denn auch zugunsten der Arbeiter.

Daß gerade die schlechteste schlesische Arbeiterschaft  
se fortgesetzten Arbeiterverrat der „Berliner“ erdulden muß!  
ein Mann sollte sie sich erheben und die Fachabteilungen für  
reibbruch im Sturm hinwegjagen.

Jugend-„Erziehung“. Wie die Erziehung der Jugend in  
er Sozialdemokratie gehandhabt wird, dazu liefert der „Con-  
er“, Organ des „freien“ Transportarbeiterverbandes, den  
itrag, indem er sich aus der Jugendabteilung schreiben läßt:

„Zunächst hielt ein Kollege einen Vortrag über „Religion  
und Wissenschaft“. Er führte die Gegensätze beider in gemein-  
verständlicher Weise vor Augen, zeigte, wie unsere Erde nach  
den Forschungen der Wissenschaft entstanden sein muß, wie sie  
aber nach den Lehren der Bibel entstanden sein soll und be-  
weacht die sich so ergebenden, völlig unvereinbaren Widersprüche.  
Wüsse man daher die Bibel als Erkenntnisquelle verwerten, so  
sei andererseits ihr ethischer Wert unverkennbar. Es ständen  
barin ganz hübsche Sachen, wie beispielsweise: „Wer zwei Röcke  
hat, der gebe dem, der keinen hat.“ Leider handelten die  
Reichen nicht danach, ja nicht einmal die faustlich approbierten  
Becklindiger des Christentums, die Pfaffen!... Aber die Ar-  
beiterchaft weiß, daß der Mensch, ganz gleich, ob arm oder  
reich, ob hoch oder niedrig, ob gut oder böse, genau so ent-  
steht und vergeht wie alles andere Irdische. Sie steht alles dar-  
an, um sich ein besseres Dasein zu verschaffen. Da dies aber  
den einzelnen nicht möglich ist und nur durch den Zusammen-  
schluß aller Proletarier zu mächtvollen Organisationen erreicht  
werden kann, so hat auch die arbeitende Jugend hier ihren  
Weg klar vorgezeichnet! Weg mit den christlichen  
Jünglingsvereinen, die von den Kapitalisten mit  
Geld unterstützt werden (damit der Arbeiternachwuchs desto  
sicherer in der Dummheit erhalten bleibe!), die nicht aufbe-  
gehren gegen den Kapitalismus, der doch die heutigen elenden  
Verhältnisse verschuldet hat! Der junge Arbeiter, die junge Ar-  
beiterin müssen immer mehr davon durchdrungen werden, daß  
es für sie nur eins gibt, den Ausschluß an die freien Ge-  
werkschaften.“

Was soll aus der Jugend werden, der solche „Wissenschaft“  
angelehrt und die „Mordbrennstoffmoral“ gelehrt wird?  
Verlust an idealen Werten, die nur in einer höheren Lebens-  
fassung wurzeln können, ist geradezu unersetzbar. Die Sozial-  
demokratie wird von dieser Kulte, die sie sich selbst bindet, ihren  
ebenen Lohn empfangen. Das geht nur von Genüge aus einem  
tief hervor, den der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiter-  
Verbandes, Schlichte, an einen seiner „Genossen“ schrieb, den  
ebenfalls der bekannte Wissenschaftler in seinem Organ ver-  
öffentlicht. Nachdem er die unerquicklichen Verhältnisse zwischen  
Berliner Beamten seines Verbandes und den Mitgliedern  
ragt, fragt er:

„Gehe doch die Reihe der ersten Bevollmächtigten durch,  
die wir gehabt haben. Warum sind sie gefallen? Warum hat  
jeder gehen müssen? Warum kämpfte man jetzt schon seit Jahren  
gegen den ersten Bevollmächtigten, warum haben sich andere  
früher aufgerieben?“

Und er antwortet:  
„Das liegt an den ungesunden Verhält-  
nissen, an der Erziehungsmethode, wie sie an  
den Mitgliedern gelehrt wird nicht nur in dem  
Verband und in Gewerkschaftsleben, sondern  
in der Presse es ganz unumwunden aus, auch im  
Parteilieben. Jedem Menschen, und sei es der  
Kommuniste und unaufhängig auf der Welt, ein-  
zureden, bloß weil du Menschenaußig trügst,  
kannst du jeden andern ersehen, bist befähigt,  
dieses oder jenes zu leisten, verkehrt du alles,  
das ist nicht das Mittel, um einsichtige und ver-  
nünftige Leute heranzubilden, das ist das  
Mittel, mit dem man die Leute aufbläht.“

Ganz unsere Meinung! Wer das hier gekennzeichnete Er-  
ziehungssystem ist, wie auch aus dem Versammlungsbericht her-  
vorgeht, offiziell von Partei und Gewerkschaften übernommen  
worden. Die Pflichten für jeden christlichen Mann sind daraus  
klar erkennbar, hinein mit der Jugend in die christlichen Jüng-  
lingsvereine.

### Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperret sind: die Firma Ebers in Neuenkirchen b. Melsene-  
wegen Nichtinnehaltung des Tarifvertrages, Hannover (Stullatoure),  
Ludwigshafen (Zimmerer), Saepc t. W., die Hoyer Hütte für  
Maurer und Bauhilfsarbeiter, Lügde (Sperrre über das Geschäft  
des Unternehmers Wiese; derselbe weigert sich, den abgeschlossenen  
Vertrag umzusetzen), Stieringen-Wende (Wahnhof), Sperre  
über den Unternehmer Jos. Krause aus Hannover (Lohr.),  
Herborn (Sperrre über die Firma Wilscher), Gütersloh (Aus-  
spernung der Maurer und Bauhilfsarbeiter), Gattersheim a. M.,  
(Sperrre über die Firma Witter u. Sohn wegen Nichtbezahlung  
des tarifmäßigen Lohnes), Gr.-Apenburg (Allmar), Streif der  
Maurer und Zimmerer. Bezug ist fernzuhalten.

#### Bezirk Göttingen.

Langendreer. Die Firma Grotzinger Eracmer hat, nachdem  
sämtliche Kollegen die Kündigung eingereicht, sich bereit erklärt,  
den Tariflohn von 55 Pf. wieder zu zahlen. Die Kündigung  
wurde daraufhin zurückgezogen und die Sperrre von beiden  
Organisationen aufgehoben.

#### Bezirk Köln.

Herborn (Allkreis). An den Neubauten der Landes-Heil-  
und Pflegeanstalt sind Differenzen ausgebrochen. Die Firma  
Wilscher aus Münster hat an denselben für etwa 1 1/2 Million  
Mark Arbeiten übernommen. Mehrere Bauten sind in Angriff ge-  
nommen und drei Kolonnen gebildet, die je einem Polier unter-  
stellt sind. Die Firma hat den Polieren erklärt, daß sie an  
der Kasse für Maurer 48 Pf., für Hilfsarbeiter 38-38 Pf.  
zähle. Die Poliere scheinen in einem Zwitwilerdverhältnis  
zu stehen. Sie warben, ihnen als tüchtige Arbeiter bekannte  
Kollegen an und versetzten diese in die Hoffnung, bis zu 52  
und 53 Pf. zu erhalten. Mehrere hatten auch schon im vorigen  
Jahre bei der Firma Wilscher gearbeitet und erhielten 52 und  
53 Pf.

In Herborn wurden aber nur 48 Pf. den Maurern und  
Hilfsarbeitern gezahlt. Die Kollegen  
waren daher bestrebt, den Lohn um einige Pfennige zu erhöhen.  
Da ja die Vorbedingung ist, daß, wenn etwas erreicht werden soll,  
erst die Kollegen in der Organisation sein müssen, gaben sich  
die Kollegen ernstlich Mühe, die noch Fernstehenden für die  
Organisation zu gewinnen. Am Donnerstag, den 22. April,  
wurden wegen Agitation vier Kollegen gemahregelt. Die Firma  
hatte sich jedoch an der Solidarität der Kollegen verrechnet.  
Die an demselben Bau beschäftigten Arbeiter protestierten gegen  
diese Maßregelung und stellten sofort die Arbeit einheitlich  
ein. Am Abend beschloffen alle an der Anstalt beschäftigten  
Arbeiter die Arbeit niederzulegen, wenn sich die Firma nicht  
bereit erklärte, die Entlassenen wieder einzustellen. Angleich  
erhoben sie auch die Forderung auf Erhöhung des Lohnes.  
Eine Kommission wurde beauftragt, dieses der Firma zu unter-  
breiten. Wilscher lehnte jedoch rundweg alles ab und sagte,  
es könne sich jeder Geld und Papiere holen. Die Aussöhnung  
geschah jedoch so langsam, daß dieselbe über einen halben Tag  
in Anspruch nahm. Es zeigte sich, daß er nicht im entferntesten  
daran gedacht hatte, daß auch wirklich alle Arbeiter sich hätten  
auslöschen lassen. Am Sonnabendmorgen wurden die Per-  
trauensleute der Organisation bei Wilscher vorbestellt. Die  
Unterredung schien zu einer Einigung zu führen. Bezüglich der  
Wiederbeschäftigung der Gemahregelten versprach er Rücksprache  
mit den Polieren zu nehmen. Bezüglich der Erhöhung des  
Lohnes erbat er sich Bedenkzeit bis nachmittags 2 1/2 Uhr. Den  
Polieren hatte er dann erklärt, daß alle wieder eingestellt werden  
könnten. Aber eine Lohnhöhung lehnte er grundsätzlich ab.  
Mehrere unerererterts gemachte Vorschläge zur Güte schiederten.  
Nicht einmal war er bereit, eine Lohnhöhung von 2 Pf. nach  
vier Wochen eintreten zu lassen, oder für den Sommer in Aussicht  
zu stellen. Die Verhandlung scheiterte und beschloffen die  
Kollegen einstimmig, den Kampf weiter zu führen. Die Mehr-  
heit reiste noch am selben Tage ab. Nur wenige blieben am  
Ort, um den Kampf zu einem siegreichen Ende zu führen.  
Der Kampf hat für den ganzen Distrikt große Bedeutung.  
Gelingt es jetzt, die Löhne auf eine einigermaßen anständige  
Höhe zu bringen, werden die Kollegen ganz gewaltige Vorteile  
für die Zukunft haben. Jeder Kollege muß bestrebt sein, jeden  
Zug von hier fernzuhalten.

#### Bezirk Paderborn.

Gütersloh. Die von den Arbeitgebern angekündigte Aus-  
spernung ist am 22. April in Kraft getreten. Zu dieser Angelegen-  
heit sind noch einige Ausführungen notwendig. Am 8. April fand  
eine Versammlung der beiden interessierten Organisationen statt.  
In dieser Versammlung wurde Stellung genommen zu der, von  
den Arbeitgebern erfolgten Kündigung. Die Versammlung be-  
auftragte die Lohnkommission, resp. die Führer der beiden Or-  
ganisationen, noch einmal mit den Arbeitgebern zu verhandeln,  
damit die Lohnbewegung friedlich verlaufe. Diesem Auftrag  
sind die Führer nachgekommen. Am 19.-April fand noch einmal  
mit Herrn Strud, als Vorsitzender des Arbeitgeberbundes von  
Gütersloh, eine Aussprache statt. Es ließ sich aber nichts er-  
reichen, auch dann nicht, als man erklärte, daß die Maurer und  
Arbeiter mit einer Teilung der Forderung einverstanden seien.  
Herr Strud erklärte, daß auch dieses nicht erfüllt würde, er habe  
keinen Auftrag zu dieser Sache erhalten. Er erklärte sich aber  
bereit, eine Sitzung mit den Arbeitgebern einzuberufen. Der  
Vorschlag wurde angenommen und die Sitzung fand statt. In  
dieser Sitzung wurde den Arbeitgebern die reduzierte Forderung  
mitgeteilt. Der Vorschlag ging dahin, daß am 1. Juni oder  
1. Juli 2 Pf. Lohnhöhung eintreten sollte, und der andere Teil  
der Forderung am 1. Oktober. Auch dieses wurde glatt abge-  
lehnt. So wurde 1 1/2 Stunde unterhandelt und nichts erzielt.  
Hierauf wurde seitens der Vertreter der Arbeitnehmer ange-  
fragt: „Was wollen die Herren Arbeitgeber dann am  
1. Oktober bezahlen, wenn die Maurer und Bauhilfsarbeiter  
bis dahin auf Lohnhöhung verzichten?“ In dieser Frage  
lag das weitgehendste Entgegenkommen seitens der Arbeit-  
nehmer. Aber auch hierauf gaben die Herren keine befriedigende  
Antwort. Herr Strud erklärte, die Arbeitnehmer sollen die  
Forderung glatt zurückziehen und den Antrag stellen, daß nach  
dem 1. Oktober keine Verschlechterungen stattfinden sollen; dieses  
würden die Arbeitgeber unterschreiben. Hierauf war Schluß der  
Sitzung. Auf dieses konnten die Arbeitnehmer nicht eingehen  
und deshalb ist die Ausspernung vollzogen.

#### Bezirk Posen.

Mositz. Am Sonntag, den 18. April, ist es nach lang-  
wierigen Verhandlungen mit den Unternehmern zu einem zwei-  
jährigen Tarifabschluß gekommen. Derselbe sieht eine Lohn-  
erhöhung von zwei Pfennig die Stunde und 10 Pfennig die  
Arbeitszeit vor. Bei Ueberlandarbeit, die mehr als 6 Kilometer  
entfernt liegt, gibt es zwei Pfennig Zuschlag, ebenso ein Zu-  
schlag von fünf Pfennig für Ueberstunden. Für Feiertags-  
arbeit, Sonntags-Feier- und Wasserarbeit 10 Pf. Zuschlag;  
bei Wasserarbeit werden vom Arbeitgeber wasserdicke Stiefel  
geliefert. Der Lohn für Junggefallen im ersten Gesellenjahre  
darf nicht unter 35 Pf. liegen. Der Vertrag gilt vom 18. April

dieses Jahres bis zum 31. März 1911. Das ist der erste  
Vertrag; in diesem Jahre, hoffentlich gelingt es ebenso an  
friedlichem Wege in Jaroschin, Biele und Wronke.

In Jaroschin haben die Arbeitgeber schon vom 1. April  
ab 2 Pf. zugelegt, nur nicht allen Kollegen gleich. Sie wollten  
nicht so recht daran, sich schriftlich zu verpflichten. Das sollte  
ihnen doch nicht so schwer fallen; denn vertraglich geregelte  
Arbeitsverhältnisse verdienen mindestens den Vorzug. In jedem  
Falle liegt es meistens an den Kollegen selbst, und können sich  
gut an Wolschin ein Beispiel nehmen. Diese verdanken nur ihrem  
Zusammenschluß im Verbands den Erfolg.

#### Bezirk Königsberg i. Pr.

Allenstein. Mit dem Arbeitgeberverband ist am Montag,  
den 19. April, der Vertrag bis zum 31. März 1910, abge-  
schlossen. Der Lohn für Maurer beträgt 52 Pf., bisher 51 Pf.,  
Zimmerer ebenso 52 Pf., bisher 49 Pf. Die Bauhilfsarbeiter  
erhalten 33 Pf. pro Stunde. Der Unternehmer Bientowski,  
welcher der Kommission des Arbeitgeberverbandes angehört,  
zu der letzten Sitzung aber nicht erschienen war, wogerte sich  
tags darauf zu unterschreiben. Nach einer halbstündigen Sperrre  
zog er es jedoch vor, ebenfalls den Vertrag zu unterzeichnen.  
Ebenso weigern sich noch zwei Unternehmer vom Verbands, den  
Vertrag anzuerkennen. Herr Maurer- und Zimmermeister  
Jahmann, welcher vom Arbeitgeberverband sich getrennt hat,  
hat den Vertrag bereits unterzeichnet. Ein Teil der Unter-  
nehmer, welcher unorganisiert ist, muß den Vertrag auch  
noch unterzeichnen, wenn nicht anders durch Sperrren. Der  
Königsberger sozialdemokratischen „Volkzeitung“ ist es auf die  
Nerven gefallen, daß die christliche Organisation auf fried-  
lichen Wege wieder einmal einen Vertrag abgeschlossen hat,  
sie schreibt in ihrer Nr. 89 nachstehende Sägen:

„Allenstein. Günstige Bautätigkeit, ungünstiger Tarifab-  
schluß. Hier herrscht augenblicklich im Baugewerbe Hoch-  
konjunktur, Allenstein wird Großstadt. Die Bauhilfsarbeiter zur  
bevorstehenden Gewerbeausstellung erfordern auch ein großes  
Stück Arbeit. Trotz dieser günstigen Gelegenheit haben die  
Christen es mit Hilfe des Bürgermeisters und anderer hoher  
Protektoren fertig gebracht, mit den Unternehmern einen  
Tarif abzuschließen, wonach die Maurer einen ganzen Pfennig  
Lohnerrhöhung bekommen. Wie lange noch werden die Allen-  
steiner Maurer den christlichen Gewerkschaften Heeresfolge  
leisten?“

Sobiel Sägen, soviel Sägen, kann man hier sagen, aber darauf  
kommt es eben der Heerpresse nicht an, die Hauptsache ist, daß ver-  
teuert wird, etwas bleibt immer hängen. Bei den ganzen  
Verhandlungen hat nicht eine einzige Mittelperson mitgewirkt,  
und erst recht nicht bei Abschluß des Vertrages. Man ist  
von Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerseite auch niemals darauf  
gekommen, irgendwelche Vermittlungspersonen anzurufen. Der  
Bürgermeister und andere Protektoren haben also nur bei dem  
sozialdemokratischen Zeitungsschreiber mitgewirkt. Was die Bau-  
hilfsarbeiter zur Gewerbeausstellung anbetrißt, so ist bis jetzt  
noch gar nicht mit den Erdbarbeiten begonnen worden; anderer-  
seits ist die Maurerarbeit hierbei ganz minimal und kommt  
hauptsächlich Zimmerarbeit in Betracht. Wenn die Maurer  
nur 1 Pf. Lohnerrhöhung bekommen haben und dieses ein un-  
günstiger Tarifabschluß sein soll (bet 52 Pf.), so überlasse ich  
hierüber zu urteilen anderen, als sozialdemokratischen Zeitung-  
schreibern. Dort, wo im Osten die Sozialdemokraten ihre Vo-  
mänen haben, sind die Löhne viel niedriger, als in Allenstein;  
ich erinnere an Justerburg, Tilsit und Elbing. Außer Königs-  
berg und Danzig ist Allenstein die dritte Stadt, in welcher  
die höchsten Löhne gezahlt werden. Seit vier Jahren ist dort  
der Lohn der Maurer und Zimmerer um 17-20 Pf. pro Stunde  
gestiegen. Im übrigen lassen sich die christlichen Gewerkschaf-  
ten auch im Osten keine Vorzeichen von den Sozialdemokraten  
machen. Weiter mit der Königsberger „Volkzeitung“ zu polemisi-  
sieren, insbesondere über Allensteiner Verhältnisse, wäre dieser  
zu viel Ehre angetan. Ob Allenstein Großstadt wird oder nicht,  
die Sozialdemokraten werden dort mit ihren Heerzeilen bei den  
Bauhauwerkern kein Glück haben, und wenn ein sozialdemo-  
kratischer Agitator die Lust dazu verspürt, die Allensteiner  
Bauhauwerker mit dem sozialdemokratischen Programm be-  
kannt zu machen, so mag er einmal dort in die Versammlungen  
gehen, eine Abfuhr würde demselben dort zuteil werden, wie er  
sie vielfach in Ostpreußen noch nicht bekommen hat. Unsern  
Allensteiner Kollegen aber rufe ich zu, mit allen Mitteln für die  
weitere Ausbreitung unserer Organisation, ebenso für die anderen  
christlichen Berufsverbände zu agitieren.

### Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige  
Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fach-  
organs. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags  
morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

#### Maurer.

Altenessen. Am Sonnabend, den 17. April, fand die  
Generalversammlung unserer Zählstelle statt, welche sich eines  
guten Besuches erfreute. Nach Wahl des Vorstandes hielt Koll.  
Bach einen Vortrag. Von der Notwendigkeit der christlichen  
Gewerkschaften, besonders in heutiger Zeit, ausgehend, sprach  
Redner über die Mitarbeit der Kollegen in der Zählstelle  
Altenessen. Da es eine Notwendigkeit war, was sich heute  
in einem viel größeren Maße erweist, christliche Gewerkschaften  
zu gründen, so ergab sich daraus für den christlich gestimmten  
Arbeiter die Pflicht, am Ausbau seiner Organisation mitzu-  
arbeiten. Aber gerade in diesem Punkte hat das verfloßene  
Jahr fast alles zu wünschen übrig gelassen. Auch in diesem  
Jahre scheint es, als solle die alte Gleichgültigkeit wieder ein-  
reißen. Kollegen von Altenessen, soll das so, wie bisher, weiter-  
gehen? Wie lange soll es noch dauern, bis ein großer Teil  
es für notwendig befundet, sich anzumelden? Bis wann sind  
überall die notwendigen Baudelegierten gewählt? Wahrsagtig,  
die Altenesteiner Kollegen hätten alle Veranlassung, mitzuarbeiten.  
Doch glauben sie vielleicht, im nächsten Jahre ohne Fleiß  
einen Preis zu erringen? Durch unseren letzten Tarifabschluß  
war es möglich, für Altenessen 3 Pf. Lohnerrhöhung pro Stunde  
zu erzielen. Desjen sollen sich aber auch die Kollegen würdig  
zeigen durch ihre Mitarbeit. In der Diskussion sprachen sich die  
Kollegen im Sinne des Referenten aus. Es wurden dann noch  
Anregungen gegeben, wie die Agitation in nächster Zeit wirk-  
sam zu betreiben ist. Hoffen wir nun daß die gewählten Vor-  
standsmitglieder, aber auch die Mitglieder der Zählstelle selbst,  
ihre in der Versammlung gegebenen Versprechen in die Tat um-  
setzen.

Grajewo, 15. April. Unsere heutige Versammlung war  
zahlreich besucht. Kollege Brunner referierte über unsere Lohn-  
bewegung. Unser gegenwärtiger Stundenlohn beträgt 40 Pf.  
Wir hoffen, daß wir in kürzerer Zeit eine Änderung damit her-  
beiführen, denn unter den heutigen Verhältnissen ist dieser  
Lohn nicht ausreichend. Die Kollegen müssen eifrig an dem Aus-  
bau der Organisation arbeiten, damit die Lohnbewegung zu  
unseren Gunsten ausfällt.

Prag-Steck. In Prag, genannt die Hochburg der sozia-  
listischen Gewerkschaften, hat auch die Zählstelle Stecke unseres  
Verbandes eine Anzahl Mitglieder. Der Wunsch dieser Kollegen  
war nun, auch eine eigene Zählstelle zu besitzen. Die Zahl-  
stelle Stecke kam diesem Wunsche freudigst nach, um so mehr,  
weil dort bei der guten Bautätigkeit noch viele Kollegen für  
uns zu gewinnen sind. Am Sonntag, den 18. April, fand deshalb  
eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Kollege

Wach-Offen verstand es in packenden Worten, Wert und Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften den anwesenden Kollegen vor Augen zu führen. Seine Ausführungen gingen dahin: Jeder Bauhandwerker, der auf dem Boden der christl. Weltanschauung steht, muß sich unserem Verbands anschließen. Er mache auf das schädigende Treiben und die wilde Agitation des freien Verbandes aufmerksam, und nagele verschiedene Sachen treffend fest. In der Diskussion sprachen noch verschiedene Kollegen von der Notwendigkeit der Gründung einer Jahrsstelle, welche dann auch erfolgte. Aus der Vorstandswahl gingen folgende Kollegen hervor: Paul Dabel als 1. Vorsitzender, Rott, Gelsenkirchener Str. 1, Karl Fröhlich als 1. Kassierer, Kray, Schullstr. 11, Selur. Dinn, als 1. Schriftführer, Kray, Schullstr. 12. Mit einem Hoch auf das Wohl und Gelingen der neuen Jahrsstelle wurde die Versammlung geschlossen. — Kollegen von Kray! Nachdem die Jahrsstelle gegründet ist, liegt es nun an euch, daß dieselbe sich gut entwickelt. Wenn auch Kray eine Hochburg der „Freien“ genannt wird, so darf euch das nicht abhalten, tüchtig zu agitieren. Für uns darf es keinen Platz geben, wo wir nicht einsetzen können. Nicht Raft noch Auf dürfen wir in der Agitation zeigen. Mögen die Stürme noch so sehr brausen, stellt euren Mann! Kollegen, schult euch, denn nur geschulte Kräfte sind in der Lage, Feinde abzuwehren. Setzt die gefassten Vorätze in die Tat um und sei jeder ein Agitator.

**Sandbed.** Am 27. März tagte hier im Lokale „Christlicher Kaiser“, eine Versammlung des Zentralverbandes christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands. Als Referent war Kollege Ab. Koppe-Breslau erschienen. Die Tagesordnung war: „Der Zweck und Bedeutung der Organisation, und welcher Verband ist hierorts maßgebend“. Nach längerem, lehrreichen, ausführlichen Ausführungen wurde dem Redner allseitiger Beifall zuteil, und erklärten die anwesenden Kollegen, ob Zimmerer, Maurer, Bauhilfsarbeiter, alle ihren Eintritt in unsere Reihen. Sodann wurde zur Vorstandswahl geschritten und besetzt derselbe aus folgenden Kollegen: 1. Vorsitzender: Jof. Wolf, 2. Vorsitzender: Ferd. Giesig, 1. Kassierer: Robert Jächte, 2. Kassierer: Jof. Hadenberg, 1. Schriftführer: Ab. Hölzel, 2. Schriftf. Ernst Wolf; als Neuvorwahlen wurden gewählt die Kollegen Amand Straube und Jof. Pelz; als Vertrauensmann für Sandbed Kollege Robert Jächte; für Meiersdorf Jof. Fischer; für Waldeck (Ostpreußen) Johann Hadenberg. Im Schlußwort erinnerte Kollege Hoppe nochmals alle Kollegen zur eifrigen Mitarbeit und ermahnte die Vorstandsmittglieder, ihre Pflichten treu und gewissenhaft zu erfüllen, auf daß die junge Jahrsstelle Sandbed, die jetzt schon 50 Mitglieder zählt, wache, blühe und gebeihe zum Wohle des Ganzen, speziell der hierorts arbeitenden Bauarbeiterchaft. Nach Vergleichung einiger Paragrapphen des Statuts wurde sodann die so interessant verlaufene Versammlung gegen 11 Uhr abends geschlossen.

**Lobenstein (Meuß).** Am Sonntag, den 18. April, waren auch eine Anzahl Bauhandwerker der Einladung des Kollegen Waltrusch-Erfurt zu einer Versammlung gefolgt. Mit Interesse vernahmen sie die Ausführungen des Redners und waren sich nach Anhörung des Referats darin einig, daß auch für Lobenstein der „Zentralverband christl. Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter“ eine Notwendigkeit ist. Sie versprachen, zu einer demnächst stattfindenden Bauhandwerker-Versammlung die Lobensteiner Maurer und Zimmerer auszurücken und für den Organisationsgedanken zu agitieren. Kollegen, haltet euer Versprechen, es ist eure ureigenste Sache, auch in Lobenstein tarifliche Verhältnisse zu schaffen, dazu gehört aber die Mitgliedschaft zum Verband.

**Stuttgart.** Die Vorarbeiten zur Gewerbegegerichtswahl, die am 25. d. Mts. stattfindet, sind bereits in vollem Gange. Die „freien“ Gewerkschaften sollen mit Hochdruck im stillen arbeiten, damit kein christlich-nationaler Arbeiter als Vertreter in das Stuttgarter Gewerbegericht hineinkommt. Durch diese Rechnung unserer Gegner müssen wir einen Strich machen. Unsere Mitglieder müssen am Wahltag wie ein Mann möglichst frühzeitig zur Wahlurne treten und von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen. Wahrscheinlich wird der Ausschluß für soziale Wahlen auch eine große Wählerversammlung veranstalten, deren näherer Termin dann noch durch die Plakataufhänger und Handzettel bekannt gegeben wird. In dieser Versammlung müssen sich dann aber auch alle Mitglieder, ob wahlberechtigt oder nicht, beteiligen. Das ist Ehrensache! Über können es unsere in Versammlungsbesuch lässigen Mitglieder mit ihrem Stolz als christl. Arbeiter vereinbaren, daß die „Schwäb. Tagwacht“ über sie sich lustig macht, wie bei der Wulle-Versammlung, daß solche lässigen Mitglieder der christlichen Organisation in bezug auf „Ehrensache“ eine eigene Meinung haben? Wenn noch ein kleiner Funken Geist in solchen Versammlungsbesuchsaalen Mitgliedern steckt, dann müssen sie es sich nach der Verdächtigung der „Tagwacht“ selbst sagen, daß sie in Zukunft durch fleißigen und pünktlichen Versammlungsbesuch ihren Mann zu stellen wissen. — Jedes wahlberechtigte Mitglied muß zur Gewerbegegerichtswahl im Besitz eines Ausweises sein. Den Ausweis erhalten unsere Mitglieder durch den Ortsvorstand oder 1. im christlichen Gewerkschaftsbureau, Offendstraße 18, 2. im katholischen Arbeitersekretariat, Landhausstr. 41, 3. im evangelischen Arbeitersekretariat, Gerberstraße 2b. Der Ausweis ist bis zum 1. Mai an den Vorstand einzureichen. Wer das versäumt, darf nicht wählen! Nach erfolgter Prüfung erhält der Wähler den Ausweis vom Gewerbegericht zurückgeliefert, damit er ihn dem Wahlvorstand als Beweis für seine Wahlberechtigung vorzeigen kann. Die christlich-nationale Arbeiterchaft hat von jeher den Gewerbegerichten ein lebhaftes Interesse entgegengebracht. Auf unsern Mitgliedern ruht am Wahltag eine große Verantwortung. Sie können mit ihren Stimmen das Jünglein an der Wage bilden. Sie dürfen deshalb auch nicht, soweit sie auch als wahlberechtigte Männer in Frage kommen, der Wahlurne fernbleiben. Hätten wir nicht das Gewerbegericht, dann wäre es zweifellos vielen Stuttgarter Arbeitern nicht möglich, in gewerblichen Streitigkeiten ihr gutes Recht zu finden. Deshalb muß es auch am Wahltag heißen: Auf, an die Wahl! Und gewählt wird christlich-national!

**Volkswirtschaftliches u. Soziales.**

Wie verhält sich die Bevölkerung auf Stadt und Land? Bis in die neunziger Jahre wohnte der größte Teil der deutschen Bevölkerung auf dem Lande, d. h. in Orten mit weniger als 2000 Einwohnern. So begrenzt nämlich die Statistik den Kreis der Stadtbevölkerung. Seitdem ist die städtische Bevölkerung die Mehrzahl geworden. Wie schnell sich diese Entwicklung vollzieht, zeigt die folgende Tabelle:

Jahr	Landbevölkerung	Prozent der Gesamtbevölkerung	Stadtbevölkerung	Prozent der Gesamtbevölkerung
1871	26 219 352	63,9	14 790 798	36,1
1880	26 513 531	58,6	18 720 530	41,4
1890	26 185 241	53,0	23 243 229	47,0
1900	25 734 103	45,7	30 633 075	54,3
1905	25 822 481	42,6	34 818 797	57,4

Im Jahre 1900 verteilte sich die städtische Bevölkerung auf 3360, die ländliche auf 73 593 Gemeinden.

**Die Entwicklung der Großstädte** ist noch wesentlich schneller vorangeschritten als die der Stadtgemeinden überhaupt. Im Jahre 1800 zählten wir nur 2 Plätze mit mehr als 100 000 Einwohnern (Großstädte), 1850 waren es erst 5. Im Jahre 1900 aber schon 33 und 1905 gar 41 mit insgesamt 11 509 004 Einwohnern. Im Jahre 1875 betrug unsere Großstadtbewölkerung erst 2 665 914. Seitdem ist sie um 338,5 Prozent gewachsen. Gegenwärtig wohnt also mehr als ein Sechstel der deutschen Bevölkerung in Großstädten.

Die Herkunft der Großstadtbewölkerung festzustellen ist interessant zur Beurteilung der Frage der Abwanderung vom Lande, nicht minder, um zu wissen, wenn wir unsere Bevölkerungsvermehrung zumeist verdanken. Im Jahre 1900 waren von der Großstadtbewölkerung im Durchschnitt sämtlicher deutschen Großstädte nur 43,3 Prozent am Orte geboren. Im einzelnen schwankt der Prozentsatz zwischen 18,9 Prozent (Charlottenburg) und 65 Prozent (Wachen). Dabei steht fest, daß die Großstädte nur einen geringen Teil ihres Zuwachses aus andern Großstädten beziehen. Im Jahre 1890 waren das im Durchschnitt nur 6,1 Prozent des Zuwachses. Es steht ferner fest, daß die Geburtenziffer in den Großstädten durchgehends beträchtlich geringer ist, als in den kleineren Gemeinden, und daß unter den Großstädten die größten, nämlich jene mit mehr als 200 000 Einwohnern, die niederen Geburtenziffern aufweisen.

**Soziale Wahlen.**

**Duisburg, 22. April.** Bei der diesjährigen Wahl von 155 Vertretern zur Ortskrankenkasse für Handwerker siegten wiederum die Sozialdemokraten. Von 880 abgegebenen Stimmen entfielen 579 auf die Liste der freien und 301 auf die der christlichen Gewerkschaften. — Die christlichen Gewerkschaften Duisburgs werden alles versuchen, um in Zukunft den Sieg an ihre Fahne zu heften. Wohl erfordert es Arbeit, aber wenn jeder seine ganze Kraft in den Dienst der Sache stellt, müssen wir dahin kommen.

**Hierlohn.** (Krankentassenwahl.) Die am 14. April getätigte Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse der Bauhandwerker und Genossen zu Hierlohn endigte wieder, wie vorauszusehen war, mit einem Siege der christl. Bauhandwerker. Die eigentliche Vertreterwahl fand im November vorigen Jahres statt, wo wir mit 75 gegen 68 Stimmen, welche auf die Liste der sozialdemokratischen Arbeiter entfielen, siegten. Diese Wahl wurde von vollen Bauarbeitern beanstandet und auch für ungültig erklärt. Bei der jetzigen Wahl war das Resultat allerdings ein anderes. Auf die Liste der christlichen Bauarbeiter entfielen 112, die sozialdemokratische Liste erhielt 70 Stimmen. Letztere also ein Mehr von 2, erstere von 37 Stimmen gegen die Wahl im November. Die Genossen haben also für ihr unangenehm Vorgehen die richtige Antwort erhalten. Aber auch eine Anzahl Maurerpolierer hatte es für notwendig gehalten, eine besondere Liste aufzustellen. Letztere Herren müssen sich wohl als die alleinigen berechtigten Vertreter der gesamten Kaffeemitglieder fühlen, denn von 22 aufgestellten Vertretern waren die Hälfte Polierer. Wir sind der Meinung, daß, wenn die Polierer 1 Vertreter hätten, sie prozentual der Mitgliederzahl fast genug vertreten seien. Für letztere Liste muß von den genannten Herren eine außerordentliche Agitationsarbeit geleistet worden sein, denn es entfielen auf dieselbe 110 Stimmen. Unsere Kollegen müssen es sich zur besonderen Aufgabe machen, die bis jetzt noch unorganisierten Bauhandwerker und Arbeiter in die Reihen der Organisation hineinzuführen, dann werden die von den Herren Polierern angewandten Zerplitterungsversuche in der Zukunft unmöglich sein. Den gewählten Vertretern aber rufen wir zu, baut die Ortskasse zu Hierlohn so aus, damit sie später eine Musterkasse genannt werden kann; es liegt dieses im Interesse der erkrankten Mitglieder und im Interesse der Gesamtheit.

**Soziale Rechtsprechung.**

**Dortmund.** Das hiesige Gewerbegericht hatte über die Frage zu entscheiden, ob ein Unternehmer verpflichtet sei, einem Arbeiter auf dessen Ersuchen die Invalidentarte nachzuschicken. Ein Arbeiter hatte auf Bohnenshabigung geklagt, weil die Firma in Linden, bei der er kontaktfreudig geworden war, ihm auf sein briefliches Ersuchen von Dortmund aus die Invalidentarte nicht nachgeschickt hatte. Die Klage auf Schadenersatz wurde abgewiesen, weil der Arbeiter die Herausgabe seiner Invalidentarte an dem Beschäftigungsort und gleichzeitigen Aufbewahrungsorte der Arbeitspapiere verlangen müsse, wo er sie abgegeben habe. Der Vorsitzende des Gewerbegerichts bemerkte aber noch, daß es in diesem Falle doch moralische Pflicht des Arbeitgebers gewesen sei, dem Kläger zur Vermeidung der Fahrtkosten von Dortmund nach Linden die Karte zuzuschicken.

**Gerichtliches.**

**Zwei wichtige Entscheidungen eines Landgerichts und eines Oberlandesgerichts.** Der Bauhilfsarbeiter D., der die Erdarbeiten der sog. Umgehungsbahn Lehrte-Wunstorf zu leiten hatte, war von der diese Bahn ausführenden Firma W. ohne Kündigung aus dem Grunde entlassen worden, weil D. u. a. des Abends stark tränke und dann am folgenden Tage während der Arbeit unfähig zu gehöriger Sammlung seiner Verbandsbeiträge gewesen sei. Der Entlassene forderte durch Klage beim Landgericht Hannover sein rückständiges Gehalt in Höhe von 375 M., da seine sofortige Entlassung ungerechtfertigt gewesen sei. Aber sowohl das Landgericht Hannover wie das Oberlandesgericht Celle erblickten in seinem Verhalten einen wichtigen Grund zur sofortigen Entlassung. Bemerkenswert sind die Ausführungen der Berufungsinstanz: Der Kläger bekleidete eine gutbezahlte, höhere Stellung und mußte durch tadellosen Lebenswandel den ihm unterstellten Schichtmeistern und Arbeitern mit gutem Beispiele vorangehen. Daß die durchaus notwendige Disziplin, der erforderliche Gehorsam und die Achtung nicht aufrechterhalten werden können, sobald die Unterstellten eine Trunksüchtigkeit des Vorgesetzten bemerkt haben, liegt auf der Hand. Die sofortige Entlassung eines solchen Beamten war daher eine notwendige Maßregel.

**Von den Arbeitsstellen.**

**Berlin, 20. April.** Auf dem Abrißgrundstück der 1. Gemeindefchule, Nienkestr. 162, fiel der 50 Jahre alte Zimmermann Hädrich aus Rixdorf beim Anbringen des Schindeldaches am Bauzaun rüttelnd, innerhalb des Bauzaunes aus einer Höhe von drei Meter auf den Bürgersteig. In einer Drohschle schaffte man den Bewußtlosen nach dem Hedwigs-Krankenhaus, wo ein Schädelbruch und ein Bruch des linken Schlüsselbeins festgestellt wurden.

**Hohenalza.** Bei dem Abbruch eines alten Hauses in Hohenalza, Kr. Hohenalza, fiel dem Arbeiter Reinhold Timm ein Stück Mauerwerk so unglücklich auf den Kopf, daß der Tod sofort eintrat. Nach Aussagen der Zeugen soll den Unternehmers keine Schuld treffen.

**Bekanntmachungen.**

**Bekanntmachung des Hauptvorstandes.**  
Es ist wiederholt vorgekommen, daß Kollegen, die aus anderen Organisationen in unseren Verband übertraten, in dem Mitteilungsblatt der bisherigen Organisation unsere Marken weiterleiteten. Dies ist unzulässig. In jedem Falle ist den betreffenden Kollegen ein Buch unseres Verbandes auszustellen, in welchem die geleisteten Beiträge, auch die restierenden, durch entsprechende Markierungen sind.  
Der Vorstandsvorstand: J. A.: Jof. Wiedebauer

**Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an Kassierer Fr. Jacobi, Berlin O. 17, Mülderborfer Str. zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschluß anzugeben, wofür und für welches Vierteljahr das bestimmt ist.**

In der Zeit vom 18. April bis 25. April sind folgende Beiträge eingegangen:

- An Beiträgen und Eintrittsgeldern: Marburg 4,85 M., Königsberg 212,40 M., Osnabrück 200 M., Naumburg 800 M., Duderstadt 215,78 M., Sattenhausen 20,88 M., Meiningen 12,56 M., Mlm 5,44 M., Bietum 295,33 M., Marsberg 83,50 M., Münster (Stul.) 31,98 M., Herford 34,38 M., Amberg 46,56 M., Gochs 44,93 M., West 50 M., Röttingen 37,75 M., Brauel 47,40 M., Glatz 19,55 M., Pösten 22,25 M., Wilhelmshaven 43,40 M., Gochs 54,78 M., Emsdetten 212,43 M., Münster (W. u. S.) 200 M., Söfrier 30,30 M., Lindau (Wst.) 23,35 M., Steinbach 27,71 M., Erfurt 26,50 M., Lindenholzhausen 9,95 M., Eberburg 7,87 M., Brehme 23,42 M., Eilmen 75,03 M., Lage 17,40 M., Schwab 6,47 M., Berlin 340,93 M., Tappau 22,52 M., Eriehausen 6,35 M., Fricthosen 6,65 M., Deynhäusen 27,08 M., Warburg 139,68 M.

Für Hauskassierer: Meppen 0,15 M., Barmen 0,30 M., Beckum 0,60 M., Kösten 1,20 M., Gochs 0,15 M., Marburg 0,75 M.

Für Futterale: Beckum 3,75 M., Glatz 0,15 M., Kösten 0,15 M., Wilhelmshaven 0,30 M.

Für Plakate und Karten: Brehme 0,75 M., Gochs 0,90 M., West 0,70 M., Stegen 6,80 M., Gochs 1,40 M., West 0,90 M., Spenge 0,90 M.

Für Verlagsbücher: Warburg 0,25 M.

Die in voriger Nummer der „Baugewerkschaft“ unter „Angabe wofür“ aus Essen gesandten 13,15 M sind für Beiträge der Winterzastelle Gillerode.

Der Hauptvorstand: J. A.: Fr. Jacobi

Als verloren werden gemeldet die Buch-Nr. 100 319, lautend auf Paul Hyronimus, die Buch-Nr. 80 932, lautend auf Wilh. Hyronimus von der Jahrsstelle Eberfeld (Maurer); die Buch-Nr. 120 968, lautend auf Adolf Goldmann, geboren zu Seeburg, Sautlingen von der Verwaltungsstelle Sagen i. W.; die Buch-Nr. 111 238, lautend auf Blasianus Czapski von der Verwaltungsstelle Argentan.

**Achtung! Sagen i. W.**

Unser Versammlungslokal befindet sich Rörnerstraße beim Wirt Eichhoff.  
Das Verbands-Bureau bleibt vorläufig Eberfeldstraße 87.

Zahlsstelle Sagen i. W. (Maurer und Bauhilfsarbeiter)

**Anforderung.** Wer den Aufenthalt des Bauhilfsarbeiters Wilh. Weberungen, geboren den 24. September 1881 in Mühlringen, zuletzt gearbeitet in Osterfeld, Buch-Nr. 88 717, teilt, wird gebeten, der Verwaltungsstelle Oberhausen davon Mitteilung zu machen.  
J. A.: Bernh. Kirchner, Düppelstraße 49, Christliches Gewerkschaftshaus.

**Achtung! Bezirk Posen.**

Den Kollegen des Bezirks Posen zur Kenntnis, daß ein Arbeitsnachweis auf unserem Verbandsbureau, Halbstraße 41, errichtet haben. Derselbe soll in erster Linie zur Vermittlung von Arbeitsgelegenheit in der Provinz dienen. Sämtliche Vorstände und Mitglieder werden ersucht, etwaige freie Stellen für Maurer, Zimmerer, Bauhilfsarbeiter usw. sofort nach dort zu melden. Um möglichst schnell und leicht den zu bewerkstelligen, ersuchen wir das Telefon zu benutzen. Die Nummer ist 1301.  
Die Bezirksleitung: J. A.: Jof. Frank.

**Sterbefälle.**

- Am 30. März starb unser Mitglied Paul Frank im Alter von 43 Jahren. Zahlsstelle Amberg.
- Am 17. April starb unser Vertrauensmann Kollege Theodor Schöneberg im Alter von 28 Jahren an Lungenerkrankung. Zahlsstelle Naort (Westertal).
- Am 19. April starb unser Kollege Selur. Solzbach an Nierenentzündung. Verwaltungsstelle Warburg. Ehre ihrem Andenken!

**Achtung! Maurer und Zimmerer von Jaroschin und Umgegend.**

Sonntag, den 2. Mai, nachmittags um 1 1/2 Uhr, findet in Lokale des Herrn Werner eine außerordentliche Generalversammlung statt, zu welcher alle Kollegen dringend eingeladen werden. Da es sich um sehr wichtige Fragen handelt, wie Regelung unserer Lohnbewegung, ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen notwendig. Mitgliedsbücher sind mitzubringen! (295)  
Der Vorstand: A. Derwich

**Inhaltsverzeichnis.**

**Einladung.** — Zur Unterstützungsfrage der abreisenden Mitglieder bei Streik oder Aussperrungen. — Jahresbericht des Bezirks Frankfurt a. M. — Rundschau: dem enthielten sozialdemokratischen Schürzenstreich. Der Ausschuss des deutschen Arbeiterkongresses und das Arbeitsamt in Meiningen über die Arbeitslosenfrage der Stadt Mainz. Die katholischen Fachabteilungen als Streikbrecher. Jugend-„Erziehung“. — Wissenschaftliche Bewegung. — Verbandsnachrichten: Altmühl, Grafenwöhr, Kray-Steels. Landed. Lobenstein. Stuttgart. Volkswirtschaftliches und Soziales. — Soziale Wahlen. Soziale Rechtsprechung. — Gerichtliches. — Von den Arbeitsstellen. — Bekanntmachungen. — Sterbefälle. — Anzeigen.